

Medienschau zum Entscheid der EDF, die Kompensation der Regierung zu akzeptieren.

Neue Zürcher Zeitung

Verwaltungsrat billigt Fessenheim-Deal

Electricité de France fällt einen Zwischenentscheid zur Stilllegung des umstrittenen Atomkraftwerks im Elsass

Der Stromkonzern EdF hat eine weitere Hürde auf dem Weg zur Schliessung des AKW Fessenheim beiseitegeräumt. Der Ball liegt nun bei der Regierung. Doch EdF stellt Bedingungen.

Die Eigentümer des Atomkraftwerks können mit einer Entschädigung in dreistelliger Millionenhöhe rechnen. (CHRISTOPHE KARABA / EPA)

Nikos Tzermias, Paris

Der Verwaltungsrat des französischen Stromkonzerns Electricité de France (EdF) hat am Dienstagvormittag das Vorgehen gutgeheissen, das möglicherweise zur Stilllegung des Kernkraftwerks Fessenheim führen soll. Fällig wird in diesem Fall eine Entschädigungszahlung von mindestens 490 Millionen Euro für die Eigentümer. Zu diesen gehören neben EdF auch noch deutsche und Schweizer Teilhaber. Mit seinem Entscheid hat das Führungsgremium des Stromkonzerns einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Schliessung des ältesten und seit etlichen Jahren umstrittenen französischen AKW gemacht.

Gebrochenes Wahlversprechen

Nächste Etappe ist der Entzug der Betriebsbewilligung durch ein Dekret der Regierung. Das setzt jedoch einen entsprechenden Antrag von EdF voraus. Der Verwaltungsrat machte ein solches Ersuchen wiederum von drei Bedingungen abhängig: nämlich von den Betriebsbewilligungen für das neue Kraftwerk in Flamanville, der Wiederezulassung des gegenwärtig abgestellten zweiten Reaktors des AKW Paluel und der Billigung des Abkommens durch die EU-Kommission.

Vermutlich wird die Regierung noch vor den Präsidentschaftswahlen im Frühling ein Dekret zur Stilllegung erlassen können. Präsident François Hollande hatte während des Wahlkampfes von 2012 versprochen, dass er die zwei Reaktoren bei Fessenheim während seiner Amtszeit abstellen werde. Einmal im Elyséepalast, buchstabierte er aber zurück. Er erklärte 2015, dass Fessenheim doch nicht bis Ende 2016 ausgeschaltet werden könne. Wegen der verzögerten Fertigstellung des Kernkraftwerks in Flamanville müsse es bis 2018 am Netz bleiben.

Hollande wird nun geltend machen wollen, dass er immerhin den Stilllegungsprozess eingeleitet habe. Wann Fessenheim einmal vom Netz gehen wird, ist jedoch weiterhin sehr offen. Die Frage hängt nicht zuletzt auch vom Ausgang der Präsidentschaftswahl ab. Die bürgerlich-konservative Opposition und deren Spitzenkandidat François Fillon haben sich dezidiert gegen eine Schliessung des Kernkraftwerks ausgesprochen. Dagegen protestieren auch weiterhin heftig Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter.

Stilllegung nicht vor Ende 2018

Selbst die gegenwärtige sozialistische Regierung schliesst eine Stilllegung vor der derzeit auf Ende 2018 anvisierten Inbetriebnahme des weiterhin unter Bauproblemen leidenden AKW Flamanville weiterhin aus. Das neue Kraftwerk verfügt über eine Kapazität von 1650 Megawatt und würde damit die zwei Reaktoren von Fessenheim mit einer Kapazität von je knapp 900 Megawatt knapp ersetzen. Damit würde Frankreich seine landesweite Kernkraftkapazität von 63 000 Megawatt weiterhin knapp aufrechterhalten. Diese Obergrenze ist im [Energiewende-Gesetz](#) festgelegt, das die Sozialisten 2015 verabschiedet hatten.

In Basel mischt sich Erleichterung mit Skepsis

dgy./st. · «Das ist ein grosser Schritt in Richtung Stilllegung und damit eine gute Nachricht für die Region Basel», kommentierte der baselstädtische Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (cvp.) die Zustimmung durch den Verwaltungsrat von Electricité de France (EdF) zu einem Entschädigungsangebot der französischen Regierung.

[Pannen und Störfälle im elsässischen Kernkraftwerk](#) hatten in der Region zu wachsender Sorge geführt. [Schon vor zehn Monaten verlangte die Basler Regierung die rasche Abschaltung von Fessenheim](#). Die Anlage stelle ein Sicherheitsrisiko dar, schrieb sie damals. Jetzt müsse der Entscheid des EdF-Verwaltungsrates rasch umgesetzt werden, fordert Engelberger. Auch der trinationale Atomschutzbund (Tras), ein Verband aus Gemeinden und Organisationen aus der Umgebung von Fessenheim, reagierte erfreut.

Gleichzeitig ist Vorsicht spürbar: Auch wenn es sich um ein positives Signal handle, sei noch nicht sicher, dass es wirklich zur Stilllegung komme, erklärte Engelberger. Der Tras kündigte an, «die gerichtlichen und politischen Initiativen bis zur definitiven Stilllegung der Anlage fortzusetzen».

Mit Fessenheim würde in Frankreich das Ende eines AKW auf dem Verhandlungsweg zustande kommen, anders als in der Schweiz. «Verhandlungslösungen mit Unternehmen über vorzeitige Stilllegungen sind für uns kein Thema», sagte Uvek-Sprecherin Annetta Bundi auf Anfrage. Die SP plädiert hingegen schon länger für diesen Weg. «Wenn man ein AKW mit einer unbefristeten Bewilligung ausser Betrieb nehmen will, muss man den Abschalttermin sowie eine Entschädigung aushandeln», sagte SP-Nationalrat Eric Nussbaumer. Die Axpo, Betreiberin des AKW Beznau, teilte dazu mit: «Wir verfolgen die aktuelle Entwicklung rund um Fessenheim mit Interesse. Die dortige Entwicklung zeigt auf, wie komplex eine politisch motivierte Ausserbetriebnahme ist.»

Financial Times

Betreff: [rezo-nuke-info] EDF fends off government pressure to close nuclear plant Board agrees deal that will postpone issue until after French presidential election

<https://www.ft.com/content/4b09848e-e237-11e6-8405-9e5580d6e5fb>

EDF fends off government pressure to close nuclear plant Board agrees deal that will postpone issue until after French presidential election

Michael Stothard in Paris

The board of French utility EDF has fended off government pressure to close its Fessenheim nuclear plant, agreeing a temporary face-saving deal that will see the issue postponed until after France's presidential election this spring. Sample the FT's top stories for a week You select the topic, we deliver the news.

On Tuesday the board of EDF, which is 85 per cent state owned, approved a €490m compensation package for the closure of Fessenheim — a deal agreed between EDF management and the French government in August. But EDF said the final green light to close the reactors would be made only once the government permits the company to continue building a new reactor at Flamanville, in northern France, and prolongs the life of the idle Paluel-2 reactor. This, in effect, delays the final decision by EDF until after the presidential election, offering hope to those within the company — notably the unions — trying to prevent the plant being shut down.

“This issue of Fessenheim is far from settled,” said one board member following the meeting. “Depending on what happens in the [French] election, it is possible that we will not end up closing Fessenheim.” François Fillon, the centre-right presidential candidate who is the frontrunner for the election in April and May, has said he is against the closure, while other candidates have said they will look more closely into the issue. The machinations around the closure of Fessenheim highlight how the forthcoming election is shifting the lines of power in Paris and distorting business decisions, particularly at state-controlled companies. It also reveals how President François Hollande's power is weakening ahead of the election, where he has said he will not seek a second term after his approval ratings sank to about 4 per cent. Depending on what happens in the election, it is possible that we will not end up closing Fessenheim. EDF board member Mr Hollande in 2012 promised to shut down the Fessenheim power plant near the German and Swiss borders by the end of his mandate as part of an attempt to win over the Green party. It now looks likely that he will not be able to keep that promise. EDF on Tuesday said that even if there is a final authorisation, the closure will not happen until “late 2018” when the Flamanville plant comes online.

If Mr Fillon were elected and tried to keep Fessenheim open, he would run up against a law introduced by Mr Hollande in 2015 that caps nuclear power capacity in France at its current level of 63.2GW. If this law stays in place, France will have to shut two of its 900MW reactors before its 1,650MW reactor in Flamanville comes online. Jean-Bernard Lévy, chief executive of EDF, said on Tuesday that EDF's proposal to delay the final decision to close Fessenheim was respecting the 2015 law, given that the closure was still hypothetically set for 2018. He said in a statement: “With this decision on the part of its board of directors, EDF is guaranteeing compliance with legislation imposing a ceiling for France's installed nuclear electricity generation capacity, while at the same time safeguarding to the utmost the interests of the company and its customers.”

Berlin drängt auf schnelles Aus für Atomreaktor Fessenheim

DPA | 25.01.2017 [9](#) [0](#)



Bild 1 von 1

Die Parlamentarische Staatssekretärin, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD). Foto: Patrick Seeger/Archiv

Nach einer Einigung in Frankreich zur Schließung des umstrittenen Atomkraftwerks Fessenheim im Elsass drängt die deutsche Bundesregierung zur Eile. Die französische Regierung müsse ihre Wahlversprechen halten und die Stilllegung des an der deutsch-französischen Grenze stehenden Reaktors schnell umsetzen, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD), am Mittwoch. Dies sei wichtig für die Menschen in Süddeutschland, die seit Jahren für ein Aus von Fessenheim gekämpft hätten. Auch der Druck aus Berlin habe Wirkung gezeigt.

Der französische Stromkonzern EDF hatte am Dienstag mitgeteilt, er habe sich mit dem Staat auf eine Entschädigung von geschätzt rund 490 Millionen Euro geeinigt. Hinzu komme ein variabler Teil, der aber nicht beziffert wurde. Das schaffe die Grundlage für die Schließung des Atomkraftwerks, möglicherweise im Jahr 2018.

Beschlossen ist das Aus für Fessenheim damit aber nicht. EDF muss den Angaben zufolge noch beantragen, die Betriebserlaubnis für das Atomkraft-

werk aufzuheben. Für die Aufhebung ist dann ein staatliches Dekret nötig. Die Stilllegung war ein Wahlkampfversprechen von Präsident François Hollande, der im Frühjahr aus dem Amt scheidet.

1. AKW bei Basel steht vor dem endgültigen Aus

Für die Stilllegung von Fessenheim bietet Frankreich den Betreibern 446 Millionen Euro. Der Stromkonzern ist auf das Angebot eingegangen.

1 5

Das älteste Atomkraftwerk Frankreichs liegt in der Nähe von Deutschland und der Schweiz: Kernkraftgegner fordern seit langem dessen Schliessung. (Archivbild) Bild: Winfried Rothermel/Keystone (5 Bilder)

24.01.2017

- [Facebook543](#)
- [Twitter6](#)
- [Senden10](#)
- [Kommentare87](#)

Feedback

Tragen Sie mit [Hinweisen](#) zu diesem Artikel bei oder melden Sie uns [Fehler](#).

-
-
-
-
-

Die Schliessung des elsässischen Pannen-Atomkraftwerks Fessenheim ist näher gerückt: Der Verwaltungsrat des französischen Stromkonzerns EDF billigte eine Entschädigungsvereinbarung mit dem französischen Staat, wie aus informierten Kreisen verlautete.

Umfrage

Fessenheim dürfte bald dicht machen. Das ist ...

gut so.

54.7%

erst der Anfang, auch Frankreich braucht Energiewende

37.5%

ein Gestürm, das nun sein Ende findet

7.9%

1412 Stimmen

Damit ist der Weg frei für einen Entzug der Betriebserlaubnis von Frankreichs ältesten Atomreaktoren. Der französische Staat will EDF für die Schliessung der Anlage mit mindestens 446 Millionen Euro entschädigen.

Gewerkschaften gegen Schliessung

Im Verwaltungsrat gab es aber nur eine äusserst knappe Mehrheit für eine Zustimmung zu dieser Entschädigungsvereinbarung, wie es aus den informierten Kreisen hiess. Den Ausschlag gab letztlich die Stimme von Konzernchef Jean-Bernard Lévy. Die Gewerkschaften sind strikt gegen eine Schliessung von Fessenheim. Sie fürchten den Wegfall von hunderten Arbeitsplätzen.

Die Stilllegung des Atomkraftwerks ist ein Wahlversprechen von Staatschef François Hollande. Atomkraftgegner, aber auch die deutsche Regierung fordern schon seit längerem ein Abschalten des am Rheinkanal gelegenen Atomkraftwerks, dessen Reaktoren 1977 ans Netz gingen und in dem es immer wieder Pannen und Zwischenfälle gibt. (ij/AFP)

NUCLÉAIRE Centrale de Fessenheim : EDF approuve le protocole d'indemnisation

<http://www.dna.fr/actualite/2017/01/24/centrale-de-fessenheim-edf-approuve-le-protocole-d-indemnisation>



La centrale de Fessenheim en avril 2013. Photo AFP

Le conseil d'administration d'EDF a adopté, sur le fil, ce mardi, le protocole d'indemnisation du groupe pour la fermeture anticipée de Fessenheim (Haut-Rhin), enclenchant la procédure d'arrêt de la doyenne des centrales nucléaires françaises.

Les six représentants des salariés ont voté contre, dans la lignée de l'avis négatif rendu par le comité central d'entreprise le 10 janvier, tandis que les six administrateurs indépendants se sont prononcés en faveur du protocole négocié avec l'Etat français.

Parmi ces derniers figurent le PDG Jean-Bernard Lévy, dont la voix est prépondérante.

Décision sur la fermeture remise à plus tard

«Je salue la décision équilibrée du conseil d'administration d'EDF qui va permettre de nouveaux investissements industriels franco-allemands sur le territoire du Haut-Rhin, a déclaré ce mardi matin Sé-

golène Royal, la ministre de l'Environnement. Elle va permettre le maintien de l'emploi et la mutation du site puisque de toute façon, l'autorisation de fonctionner de Fessenheim n'était valide que jusqu'au 31 décembre 2022», a-t-elle ajouté.

Promesse de campagne du président François Hollande en 2012, la fermeture de Fessenheim est fixée à l'horizon 2018 lorsqu'EDF prévoit de mettre en service l'EPR de Flamanville (Manche), la loi de transition énergétique plafonnant les capacités de production nucléaire à leur niveau actuel de 63,2 gigawatts (GW).

La validation de l'indemnisation est un préalable au dépôt par EDF d'une demande d'abrogation de l'autorisation d'exploiter Fessenheim, dont le vote par le conseil d'administration a été reporté à plus tard. Le gouvernement devra ensuite entériner la fermeture en prenant un décret d'abrogation.

Une centrale de Seine-Maritime redémarrée

EDF a obtenu de l'Etat français, son actionnaire à 85,6 %, de nouvelles garanties dans le cadre de la fermeture de la centrale alsacienne.

La première consiste en une extension du délai de l'autorisation de création de l'EPR en construction à Flamanville, qui arrive à échéance en avril prochain, alors que le réacteur n'entrera pas en service avant la fin 2018 du fait des retards sur le chantier.

L'électricien a également obtenu l'assurance de pouvoir redémarrer le réacteur n°2 de la centrale de Paluel (Seine-Maritime), à l'arrêt depuis mai 2015 alors que la loi de transition énergétique prévoit qu'un réacteur à l'arrêt depuis plus de deux ans soit considéré comme en arrêt «définitif».

Sur le plan financier, l'accord conclu à l'été 2016 entre EDF et l'Etat au sujet de Fessenheim prévoit une indemnisation de 446 millions d'euros au moins dont un premier versement d'environ 100 millions d'euros lors de l'arrêt de la centrale. Le solde sera constitué d'une part fixe et d'une part variable tenant compte d'un éventuel manque à gagner pour EDF jusqu'en 2041.

AKW Fessenheim fast am Ende

<http://www.bernerzeitung.ch/ausland/standard/akw-fessenheim-fast-am-ende/story/25387298>

Frankreich Der französische Stromkonzern EDF billigt ein Abkommen zur Schliessung des Atomkraftwerks Fessenheim. Doch hat Präsident Hollande noch Zeit für den definitiven Entscheid?



Die Abschaltung von Fessenheim ist ein letztes Ziel für Präsident François Hollande. Bild: Keystone

Stefan Brändle; Paris

Der Verwaltungsrat von Electricité de France (EDF) hat gestern einer Abfindung durch den französischen Staat zugestimmt: Die Regierung muss den Stromkonzern mit 446 Millionen Euro für die allfällige Schliessung des Reaktorgespannes in Fessenheim entschädigen.

Sechs Personalvertreter stimmten im 18-köpfigen EDF-Verwaltungsrat dagegen, sechs unabhängige Delegierte dafür; da die sechs Behördenvertreter vorschriftsgemäss in den Ausstand getreten waren, hatte Konzernvorsteher Jean-Bernard Lévy den Stichentscheid – und

der fiel im Anschluss an eine mehrstündige Sitzung positiv aus.

Der denkbar knappe Beschluss ist von grosser politischer Tragweite: Erstmals will die Nuklearnation Frankreich zwei ihrer Atomreaktoren abschalten, um eine landesweite Energiewende einzuleiten.

Staatschef François Hollande hatte bereits 2012 angekündigt, der Atomanteil an der nationalen Stromproduktion solle bis 2015 von heute 75 auf 50 Prozent sinken. Den Beginn soll die Abschaltung von Fessenheim machen. Das

1977 in Betrieb genommene AKW liegt in einer Erdbebenzone und zudem acht Meter unterhalb der Wasseroberfläche des anliegenden Rheinkanals.

Schliessung auf der Kippe

Der Haken an der angekündigten Schliessung: Hollande wird im Mai sein Amt aufgeben, und der aktuelle Favorit für seine Nachfolge, der konservative Präsidentschaftskandidat François Fillon, hat bereits erklärt, er wolle an Fessenheim festhalten.

Auch die finanziell angeschlagene EDF hat keinerlei Lust, das hochrentable AKW dichtzumachen. Ein Grossteil der 850 AKW-Angestellten ist am Montag in den Streik getreten, um gegen die Schliessung zu demonstrieren.

Spielt EDF auf Zeit?

Und diese Mitarbeiter sind paradoxerweise gar nicht so unglücklich über die EDF-Beschlüsse von gestern. «Der Verwaltungsrat hat nur die Entschädigungsfrage geregelt», erklärte Gewerkschaftsvertreter Pascal Bakchich im Anschluss. «Den entscheidenden Punkt, nämlich das eigentliche Gesuch um Stilllegung, hat er offengelassen.» Dieses Gesuch muss die EDF bei einer nächsten Sitzung beschliessen – und dafür ist noch kein Datum festgesetzt.

Sollte es Lévy gelingen, diesen Beschluss über die Präsidentschaftswahlen von Anfang Mai hinauszuzögern, kann Hollande das endgültige Abschaltungsdekret nicht mehr unterzeichnen. Gelingt dem Staatschef hingegen die Unterzeichnung, könnte ein zukünftiger Staatschef - Fillon den Entscheid nur mehr mit Mühe kippen; Ein neues Genehmigungsverfahren müsste in Gang gesetzt werden, und das würde mehrere Jahre dauern und Millionen kosten.

Hollande wird auch aus persönlichen Gründen alles daransetzen, den stark symbolischen und hochpolitischen Fessenheim-Entscheid noch selber zu fällen. Er weiss, dass seine Amtszeit als weitgehend gescheitert gilt; Fessenheim ist deshalb eine seiner letzten Chancen, wenig-

tens in der Umweltpolitik Wort zu halten und entsprechend in die französischen Geschichtsbücher einzugehen.

«Brutale Erpressung»

Nach dem Pariser Wochenblatt «Le Canard Enchaîné» geht der Präsident derzeit mit «brutaler Erpressung» gegen EDF vor, um den Widerstand der Fessenheim-Befürworter zu brechen. So verknüpft er damit die Zukunft des neuartigen EPR-Druckreaktors in Flamanville, an dem EDF noch weit mehr gelegen ist als an dem alten Atomkraftwerk im Elsass in der Nähe des Dreiländerecks von Frankreich, Deutschland und der Schweiz.

Hintertreibt der Stromkonzern die Abschaltung von Fessenheim, verweigert Hollande im Gegenzug die Verlängerung der zehnjährigen Baubewilligung für Flamanville – die zufällig im April ausläuft.

Das erklärt wohl den Stichentscheid Lévy's, der an sich gegen die Stilllegung des vierzig Jahre alten Atomkraftwerkes ist. Auf diese Weise hofft Hollande das Abschaltungsdekret in Fessenheim doch noch unter Dach und Fach zu bringen, bevor er den Elysée-Palast verlassen muss. (Berner Zeitung)

Erstellt: 25.01.2017, 07:54 Uhr

Réseau Sortir du Nucléaire Fessenheim : négociation de marchands de tapis pour une fermeture qui n'a que trop tardé

Communiqué du 24 janvier 2017

Ce mardi 24 janvier, le Conseil d'administration d'EDF, en se prononçant sur une indemnisation versée pour la fermeture de la centrale, a - enfin – consenti à la première étape préalable à son arrêt. Une demande d'abrogation d'autorisation de fonctionnement doit encore être prise par EDF à une date ultérieure. Cette décision, qui doit encore se con-

crétiser, vient bien tard... et au prix de marchandages inacceptables sur la sûreté

Une fermeture urgente pour une centrale vieillissante

La fermeture de Fessenheim ne saurait être réduite à une concession électorale : c'est oublier que cette centrale, vieille, dangereuse, située en zone sismique et inondable, aurait dû être arrêtée depuis longtemps. En 2017, elle atteindra les 40 ans, soit 10 ans de plus que sa durée de fonctionnement initialement prévue. Quoi qu'en dise EDF, elle n'aurait dans tous les cas pas été en capacité de fonctionner bien longtemps : non seulement elle cumule les pannes, mais le réacteur n°2, équipé d'un générateur de vapeur non conforme, est à l'arrêt depuis plus de six mois !

Alors que cet arrêt était incontournable, EDF, pendant cinq ans, a multiplié les arguments fallacieux sur un hypothétique risque de black-out et instrumentalisé les salariés de la centrale plutôt que de préparer leur reconversion. Pour accréditer la thèse de réacteurs en excellent état de fonctionnement, EDF n'a pas hésité à passer sous silence certains problèmes préoccupants, n'hésitant pas à camoufler une fuite de 100 m³ d'eau en « défaut d'étanchéité » ! [1]

Espérons que les indemnités extorquées à l'État (et donc aux contribuables), serviront essentiellement à la reconversion des travailleurs de Fessenheim et non seulement à réduire la dette colossale d'EDF.

Le décret de fermeture se doit maintenant d'être publié au plus vite, en espérant que l'abrogation de l'autorisation de fonctionnement soit votée rapidement par EDF

Le sort de Fessenheim n'a pas à être conditionné à celui de l'EPR

L'arrêt de Fessenheim reste annoncé pour 2018, date annoncée pour la mise en service de l'EPR de Flamanville. Mais sera-t-il repoussé dans le cas, très probable, de nouveaux retards sur le chantier, au vu des défauts qui affectent la cuve de l'EPR ? Il serait irresponsable que cet arrêt traîne en longueur, au mépris de la sûreté. L'Autorité de sûreté nucléaire se devrait de prendre ses responsabilités et d'imposer l'arrêt immédiat de la centrale.

Il est dans tous les cas inacceptable que le gouvernement, depuis cinq ans, ait refusé de jouer son rôle de définition de la politique énergétique et se soit contenté de petits marchandages, acceptant d'échanger la fermeture d'une centrale vieillissante contre la mise en service hypothétique d'un réacteur tout aussi dangereux.

Il n'est pas normal qu'EDF, en contrepartie d'une fermeture qui devrait aller de soi, ait exigé la prorogation du délai de mise en service de l'EPR, dont le décret d'autorisation est échu le 10 avril 2017. De même, il est inacceptable qu'EDF ait posé comme condition le report de la mise à l'arrêt définitive du réacteur n°2 de Paluel, à l'arrêt depuis mai 2015 et lourdement endommagé par la [chute d'un générateur de vapeur de 460 tonnes](#). **La sûreté ne se marchand pas !**

Contacts presse :

- ▶ Philippe Lambersens - 06 83 53 89 82
- ▶ Jean-Marie Brom - 06 08 98 79 40

lesechos.fr/industrie-services/energie-environnement/0211722509016-fessenheim-edf-et-letat-trouvent-un-compromis-2059414.php

[Veronique Le Billon](#) Le 23/01 à 20:19

Fessenheim : EDF et l'Etat trouvent un compromis

Selon nos informations, le conseil d'administration d'EDF adoptera ce mardi la délibération sur la convention d'indemnisation. Mais la demande d'abrogation de l'autorisation d'exploiter la centrale sera soumise à conditions.

EDF et son premier actionnaire, l'Etat, ont trouvé une voie de compromis sur le dossier de fermeture de la centrale de Fessenheim (Haut-Rhin), l'une des promesses présidentielles de François Hollande. Le [conseil d'administration](#) de l'électricien public, qui se réunit ce mardi matin, étudiera comme prévu la convention négociée pendant des mois avec l'Etat pour indemniser EDF (à hauteur d'environ 450 millions d'euros d'ici 2021) d'une fermeture des deux réacteurs nucléaires à l'horizon fin 2018, au moment de la mise en service de l'EPR de Flamanville (Manche). Si le gouvernement comme Jean-Bernard Lévy, le [PDG](#) d'EDF, ont l'assurance que la délibération sera adoptée, c'est parce qu'une **concession** a été faite : selon nos informations, la demande que devait formuler simultanément EDF d'abrogation de l'autorisation d'exploiter les deux réacteurs, restera, elle, soumise à l'obtention des autorisations administratives nécessaires à la poursuite de la construction de l'EPR de Flamanville (Manche) et de l'exploitation de Paluel 2 (Seine-Maritime).

Nervosité

La nervosité de l'exécutif sur le dossier Fessenheim avait tendu les débats ces derniers jours entre l'Etat, EDF et les [administrateurs indépendants](#). Sur les dix-huit membres du conseil d'EDF, il a en effet été acté, il y a déjà plusieurs semaines, que le représentant de l'Etat et les cinq administrateurs proposés par l'Etat [ne pouvaient prendre part au vote](#) sur la convention d'indemnisation, étant jugés et parties. Ne restaient donc en lice que les six administra-

teurs salariés -tous contre la fermeture de Fessenheim-, les cinq administrateurs indépendants et Jean-Bernard Lévy, qui a une voix prépondérante. Or pour s'assurer du vote positif des indépendants (Philippe Crouzet, Bruno Lafont, Colette Lewiner, Laurence Parisot, Claire Pedini), le gouvernement a rappelé à EDF les deux dispositions qu'il avait à sa main : le décret d'extension de l'autorisation de création de Flamanville 3 (Manche), qui doit être pris avant le 10 avril, compte tenu des retards du chantier. Et la dérogation que doit obtenir EDF d'ici le 16 mai suite à l'accident de générateur de vapeur à la centrale de Paluel, arrêtée en mai 2015. La loi de transition énergétique stipule en effet que, « *si une installation nucléaire de base cesse de fonctionner pendant une durée continue supérieure à deux ans, son arrêt est réputé définitif* ». Le gouvernement peut toutefois proroger cette durée de trois ans, par « *arrêté motivé pris après avis de l'Autorité de sûreté nucléaire* ».

Ce compromis permet à tout le monde de sauver la face. François Hollande, qui a fait de cette fermeture un symbole de son quinquennat, pourra se prévaloir d'un acte symbolique - la convention d'indemnisation. Et Jean-Bernard Lévy pourra, de son côté, donner encore un peu d'espoir à ses troupes, en attendant une élection présidentielle qui pourrait rebattre les cartes.

[@VLeBillon](#)

En savoir plus sur lesechos.fr/industrie-services/energie-environnement/0211722509016-fessenheim-edf-et-letat-trouvent-un-compromis-2059414.php#8VYmPfdMLWK6tQsE.99

Geplante Stilllegung

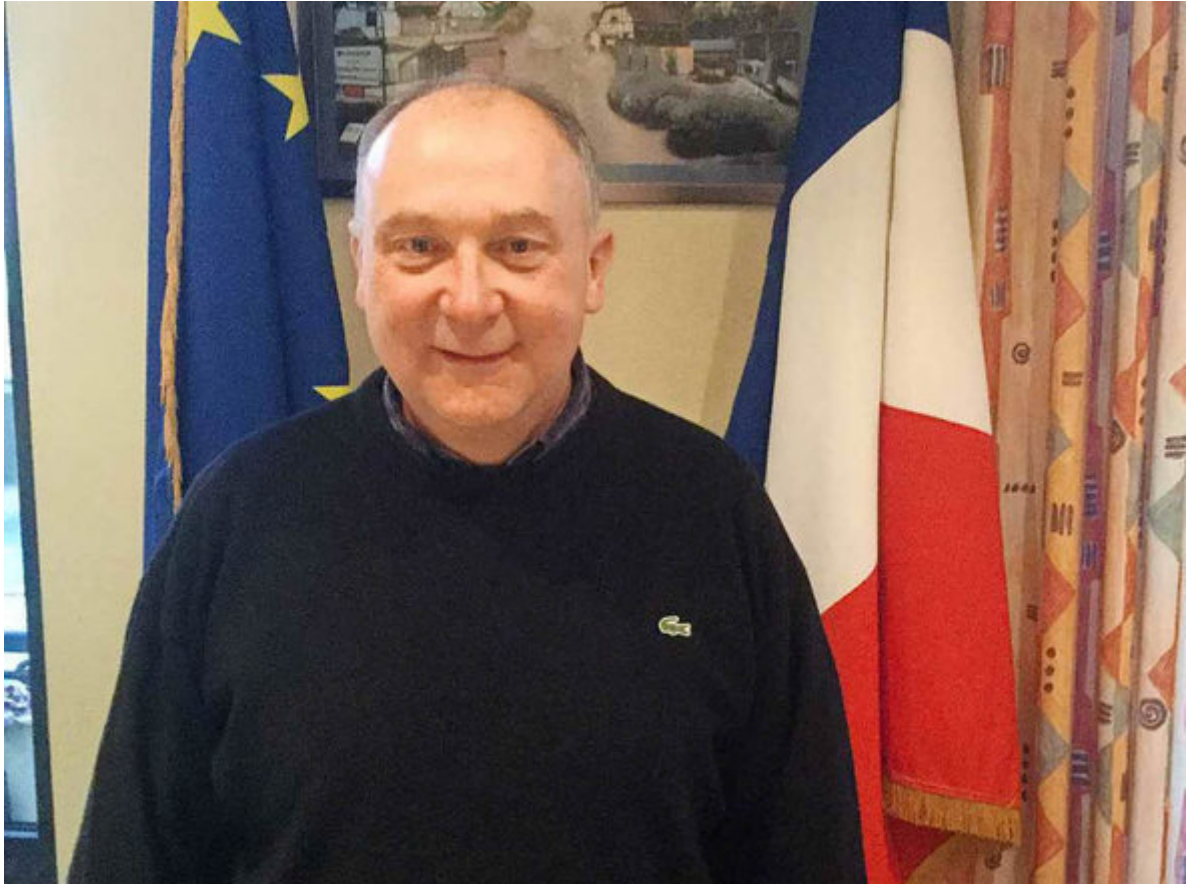
3. Fessenheims Bürgermeister über die ungewisse Zukunft – und mögliche neue Reaktoren

Die Entscheidung war ein Paukenschlag: Der französische Stromkonzern EDF hat ein Abkommen zur Schließung gebilligt. Der Bürgermeister von Fessenheim spricht im Interview über seine Zweifel an der Umsetzung, die Verzweiflung der Gemeinde und die Möglichkeit, die alten Reaktoren durch neue zu ersetzen.

Foto: Rainer Ruhter



Wird das Kernkraftwerk in Fessenheim abgeschaltet? Auf deutscher Seite hofft man darauf, auf französischer Seite ist man dagegen. Foto: dpa



1. Foto: Rainer Ruhter
- 2.

Was viele Atomkraftgegner freut, wird in Fessenheim anders aufgenommen. Rainer Ruther sprach mit dem Bürgermeister der Gemeinde über die geplante Schließung des Atomkraftwerks. Claude Brender glaubt nicht an ein schnelles Ende. Und er kann sich vorstellen, dass auf dem Areal ein neues Atomkraftwerk entsteht.

BZ: Haben Sie die letzten Tage gut geschlafen?

Brender: Ich bin nicht sehr gestresst von dem, was passiert ist. In gewisser Weise hatten wir das erwartet. Dieses Vorgehen gehört zu den Versprechen, die François Hollande gemacht hatte. Das neue Energiegesetz begrenzt die Produktionskapazität von Atomenergie in Frankreich auf 63,2 Gigawatt. Wenn also der Reaktor in Flamanville ans Netz geht, muss man eine entsprechende Kapazität vom Netz nehmen. Wir wissen, dass Fessenheim abgeschaltet wird, und wir sind in diesem Prozess jetzt drin.

"Unsere Strategie ist es, Zeit zu gewinnen." *Claude Brender*

BZ: Wie schätzen Sie die Entscheidung der EDF ein?

Brender: Meiner Ansicht nach hat die Entscheidung zwei Seiten: Auf der einen Seite wird der Entschädigungssumme zugestimmt, aber das bedeutet andererseits noch nicht, dass Fessenheim sofort geschlossen wird oder dass dem Werk die Betriebserlaubnis entzogen ist. Das steht noch nicht an, und unsere Strategie ist es, Zeit zu gewinnen.

BZ: Die beiden zurzeit aussichtsreichsten Kandidaten für die Präsidentschaftswahl, Marine Le Pen und François Fillon, haben sich beide für das Atomkraftwerk Fessenheim ausgesprochen.

Breder: Ich würde befürworten, dass Fillon diese Entscheidung trifft. Die Beziehungen über die Grenze hinweg sind nicht vereinbar mit der Philosophie von Madame Le Pen. Sie liegen uns aber ganz besonders am Herzen. Wobei ich natürlich weiß, dass unsere deutschen Freunde sehr besorgt sind, was das Atomkraftwerk betrifft. Diese Diskussion werden wir haben, solange das AKW am Netz ist. Das kann drei Jahre dauern oder 13 Jahre. Und selbst wenn François Fillon gewinnt, was wir hoffen, und er dann diesen Vorgang stoppt, wird vom Ende des AKW Fessenheim immer gesprochen werden.

BZ: Haben Sie eine Strategie, wie Sie bis zu den Wahlen Ende April/Anfang Mai in Sachen Schließung vorgehen?

Breder: Als erstes werden wir uns mit der Leitung von EDF in Paris treffen. Ich möchte wissen, wie EDF die Entscheidung vom Dienstag interpretiert und was die Konsequenzen sind. Dann ist natürlich zu überlegen, ob juristisch gegen die Entscheidung vorgegangen wird. Das wird nicht die Gemeinde Fessenheim sein, aber es gibt Minderheitsaktionäre von EDF, die sich übergangen fühlen bei diesem finanziellen Arrangement. Man nimmt schließlich ein funktionierendes Werk vom Netz, das rentabel ist und Geld einbringt. Dann wird man abwarten, dass die Regierung das Dekret für die Schließung erlässt. Dagegen würden wir dann natürlich angehen.

BZ: Was hören Sie aus den Teams der Präsidentschaftskandidaten?

Breder: Im Moment haben wir keine direkten Kontakte, mit keinem der Teams. Ich werde den Kontakt suchen, weniger als Bürgermeister von Fessenheim, sondern als Präsident der ARCICEN – das ist ein Zusammenschluss aller französischen Gemeinden, in denen ein Atomkraftwerk steht. Wir wollen wissen, welche begleitenden Maßnahmen sie vorschlagen für die Gemeinden, in denen die Schließung eines AKW bevorsteht – wie in Fessenheim. Denn es gibt viele Szenarien: Es kann technische Probleme geben, oder die wirtschaftliche Lage ändert sich oder die politische Lage für EDF wird schwieriger, weil man dem Unternehmen von Seiten der ASN, der Atomsicherheitsbehörde, neue Auflagen macht, so dass EDF sagt, es wird zu teuer, Fessenheim weiter zu betreiben. Diese ganze Situation traumatisiert viele Menschen, in der Gemeinde, aber auch im Werk selbst.

BZ: Wie wäre Ihre Gemeinde betroffen?

Breder: Die Gemeinde verliert viele Einnahmen, wir rechnen mit einem Rückgang der Einwohnerzahl von 25 bis 30 Prozent, und das bedeutet weniger Steuern für uns. Es bedeutet auch, dass Läden schließen und Leute entlassen werden. Wir werden in ein Loch fallen und große Verluste hinnehmen müssen. Deshalb muss der Staat dem Unternehmen EDF vorschreiben, wie es mit den betroffenen Gemeinden umgeht. Man könnte von den noch laufenden Werken eine finanzielle Beteiligung verlangen, einen Fonds schaffen, der den betroffenen Regionen Gelegenheit gibt, sich neu aufzustellen.

BZ: Ein gutes Beispiel ist doch der Gewerbepark Breisgau auf dem Gelände der alten Luftwaffenbasis.

Breder: Als die aufgegeben wurde, fielen rund 2000 Arbeitsplätze weg. Heute sind dort im Gewerbepark 2200 Menschen beschäftigt. Aber das hat über 20 Jahre gedauert. Wir werden auch diese Zeit brauchen, mindestens, denn Deutschland ging und geht es wirtschaftlich gut, anders als Frankreich, obwohl wir hoffen, dass es sich ändern wird. Und dabei muss uns EDF begleiten.

BZ: Haben Sie Angebote von Unternehmen, die Ihnen anbieten, sich in Fessenheim niederzulassen? Es geistert der Name Tesla durch die Medien.

Breder: Das ist etwas, was komplett überschätzt wird. Es gibt nicht einen Kontakt zu einem Unternehmen, es gibt nichts. Und der Beauftragte der Regierung, der sich um Fessenheim kümmern soll – den haben wir seit zwei Jahren hier nicht mehr gehört und gesehen, er hat kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben. Und dann wäre ja noch die Frage: Wo sollen sie sich niederlassen?

BZ: Haben Sie denn nicht genug Platz?

Breder: Nein. Es gibt zwar noch freies Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft des Werks, aber bei der Angst, die vor allem die Deutschen haben vor allem, was mit Atom zu tun hat, kann ich mir kaum vorstellen, dass sich ein deutsches Unternehmen nur ein paar Meter vom Atomkraftwerk entfernt niederlassen würde, das gerade abgebaut wird – mit all den radioaktiven Stoffen, die dabei anfallen, die hier gelagert würden. Es ist aber auch durchaus möglich, dass wir auf dem Gelände ein neues Atomkraftwerk bekommen. Das ist auch ein Denkansatz: Warum nicht die beiden alten Reaktoren durch zwei der neuesten Generation direkt daneben ersetzen? Das ist eine Idee, denn wir haben alles: die Stromleitungen, das Wasser zum Kühlen, das Grundwasser – die ganze Infrastruktur, um ein Kraftwerk zu betreiben.

BZ: Es gibt Vorschläge von deutscher Seite, die sagen: Wir unterstützen euch, wir helfen euch. Nehmen Sie das ernst?

Breder: Ich war am Montag im Gewerbepark und habe mich mit dem Geschäftsführer Markus Riesterer unterhalten. Vor ein paar Jahren, sagt er, habe er von Unternehmen immer noch das Argument gehört: Wenn ihr uns nicht mit dem Grundstückspreis entgegenkommt, gehen wir eben nach Frankreich, da sind die Grundstücke billiger. Aber seit vier, fünf Jahren hört er das nicht mehr. Die deutschen Unternehmen zögern heute, sich in Frankreich niederzulassen.

BZ: Was planen Sie denn so innerhalb der nächsten Jahre?

Breder: Weil wir selbst keinen Platz für ein neues Gewerbegebiet haben, haben wir uns an die Gemeinden nördlich von uns gewandt im Gemeindeverband "Pays de Brisach", wo es Gewerbegebiete gibt, mehr als 400 Hektar. Vieles ist Natur und muss unter Umwelt-Gesichtspunkten betrachtet werden, aber ein Teil davon kann bebaut werden. Selbst wenn man nur 300 Hektar hätte, gäbe es Platz für Unternehmen dort und Arbeit für Menschen aus dem Bereich Fessenheim.

BZ: Was denken Sie: Ist das Atomkraftwerk Fessenheim wirklich sicher?

Breder: Nirgendwo auf der Welt wird dieser Bereich so rigoros überwacht wie in Frankreich. Wir haben Atomkraftwerke, die gezeigt haben, dass sie sicher sind, es sind bestimmt Jahrhunderte sicheren Betriebs, wenn man alle zusammenfasst. Fessenheim ist nicht Fukushima, ist nicht Tschernobyl, wird es auch bei einem Zwischenfall nicht sein, denn die Technologie ist komplett anders. Wir wünschen natürlich keinen Unfall, aber selbst wenn, bin ich überzeugt, dass er keinen Einfluss auf die Umwelt und das Leben rund um Fessenheim hätte.

BZ: Verstehen Sie die Leute auf deutscher Seite, die das AKW kritisieren?

Breder: Nein, ich schaffe es nicht, diese tiefe Angst der Deutschen gegenüber allem Atomaren nachzuvollziehen. Es ist eine Industrie, die ihre Zuverlässigkeit gezeigt hat – mit Ausnahme von ein, zwei

Unfällen. Aber das darf nicht die ganze Produktion dieser Art Elektrizität infrage stellen, ohne CO₂, ohne Umweltverschmutzung mit Ausnahme des atomaren Abfalls, aber das hat man im Griff. Ich weiß, dass man in Deutschland die Energiewende vorantreibt, aber raus aus der Atomenergie und gleichzeitig raus aus der Kohlestromproduktion – das möchte ich mal sehen, wie das funktioniert. Unmöglich.

BZ: Resümee: Die unmittelbare Zukunft macht Ihnen also keine Sorgen.

Brender: Wir warten ab. Das Atomkraftwerk schließt auf keinen Fall vor den Präsidentschaftswahlen, und jede Entscheidung – wie die am Dienstag – kann nach den Wahlen zu jeder Zeit wieder zurückgenommen werden. Es gibt nichts, was unumkehrbar ist, und ich bin zuversichtlich, dass das Werk Fessenheim auch über 2018 hinaus Strom produzieren wird. Minimum bis 2021, wenn es keine wirtschaftlichen Hinderungsgründe gibt. Und wir hoffen auf eine Produktion bis 2030, das scheint mir realisierbar. Ohne Gefahr für die Bevölkerung, mit maximaler Sicherheit, denn das ist auch für uns wichtig. Und wenn wir diesen Zeithorizont bis 2030 hätten, ließe uns das Zeit, uns hier neu zu orientieren. Das ist das, was ich fordere, und das ist, was ich mir wünsche.

Zur Person

Der 58-jährige Claude Brender ist seit März 2014 Bürgermeister von Fessenheim, vorher war er selbstständiger Unternehmer. Er gehört keiner Partei an und begreift sich im rechten Spektrum als Unabhängiger (sans étiquette, ähnlich der Freien Wähler). Gewählt ist er für sechs Jahre an die Spitze des Gemeinderats.

Stromkonzern EDF macht Schritt hin zur Stilllegung von Akw Fessenheim

Stand: 24.01.2017 | Lesedauer: 3 Minuten

<https://www.welt.de/newsticker/news1/article161459128/Stromkonzern-EDF-macht-Schritt-hin-zur-Stilllegung-von-Akw-Fessenheim.html>





Das Akw Fessenheim ist das älteste Frankreichs

Quelle: AFP/Archiv

Verwaltungsrat stimmt Vereinbarung über Entschädigung zu

0 Kommentare

Anzeige

Der französische Stromkonzern EDF hat einen ersten wichtigen Schritt hin zur Schließung des Pannen-Atomkraftwerks Fessenheim gemacht. Der EDF-Verwaltungsrat billigte am Dienstag nach Konzernangaben eine Entschädigungsvereinbarung mit dem französischen Staat. Damit rückt ein Entzug der Betriebserlaubnis für Frankreichs älteste Atomreaktoren näher. Das Bundesumweltministerium begrüßte die Entscheidung. Umweltschützer zeigten sich allerdings vorsichtig - zumal der konservative Präsidentschaftsfavorit François Fillon an Fessenheim festhalten will.

Der französische Staat und EDF hatten sich im vergangenen Sommer grundsätzlich auf eine Entschädigung für die vorzeitige Schließung des elsässischen Atomkraftwerks geeinigt. Der Staat will den Akw-Betreiber mit mindestens 446 Millionen Euro entschädigen.

Im Verwaltungsrat des Staatskonzerns gab es aber nur eine äußerst knappe Mehrheit für diese Entschädigungsvereinbarung, wie es aus informierten Kreisen hieß. Die Gewerkschaftsvertreter im Verwaltungsrat sind strikt gegen eine Schließung von Fessenheim. Sie fürchten den Wegfall zahlreicher Arbeitsplätze und halten die vom Staat angebotene Entschädigung für zu niedrig. Den Ausschlag gab letztlich die Stimme von Konzernchef Jean-Bernard Lévy.

Anzeige

Umweltschützer, aber auch die Bundesregierung fordern schon seit langem, dass die beiden 1997 in Betrieb gegangenen Reaktoren vom Netz gehen. Immer wieder kommt es in dem Atomkraftwerk nahe der deutschen Grenze zu Zwischenfällen. Kritiker verweisen zudem auf das Erdbebenrisiko in der Region und die Gefahr einer Überschwemmung bei einem Bruch des Dammes, der das Akw vom Rheinkanal trennt.

Die Schließung von Fessenheim ist ein Versprechen von Frankreichs Staatschef François Hollande. Ursprünglich sollten die Reaktoren schon Ende 2016 vom Netz gehen, der Sozialist konnte sein Versprechen aber nicht halten. Inzwischen wird als neues Datum Ende 2018 angepeilt - dann soll ein neuer Atomreaktor im nordfranzösischen Flamanville nach jahrelangen Verzögerungen in Betrieb gehen.

Die jetzt erfolgte Zustimmung des EDF-Verwaltungsrats zu der Entschädigungsvereinbarung ist ein erster Schritt einer langwierigen Prozedur. Der Konzern muss nun einen formellen Antrag auf Entzug der Betriebserlaubnis stellen. Anschließend kann die Regierung die Stilllegung von Fessenheim per Dekret verordnen.

Das Bundesumweltministerium in **Berlin** begrüßte die Entscheidung vom Dienstag als "Schritt in die richtige Richtung". "Wir freuen uns, dass Bewegung in die Pläne zur Stilllegung kommt und erwarten nun, dass die französische Regierung die Stilllegung Fessenheims zügig vorantreibt und kurzfristig zu einem Abschluss bringt", sagte die Parlamentarische Staatssekretärin Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD) der Nachrichtenagentur AFP.

Baden-Württembergs Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) sprach von einem "positiven Signal", warnte aber zugleich vor "übereilem Jubel". Die finanzielle Einigung sei nur ein Schritt. Entscheidend sei, dass die EDF "konkret" die Stilllegung des Atomkraftwerks beantrage. Die atompolitische Sprecherin der Grünen im Bundestag, Sylvia Kotting-Uhl, forderte die französische Regierung auf, "ihr Versprechen noch vor der anstehenden Präsidentschaftswahl einzulösen und die Abschaltung rechtlich zu vollziehen".

Atomkraftgegner befürchten eine Kehrtwende nach der französischen Präsidentschaftswahl im April und Mai: Der konservative Präsidentschaftskandidat Fillon hat wiederholt gesagt, er wolle Fessenheim nicht stilllegen. Parteifreunde Fillons bezeichneten die geplante Abschaltung des Akws am Dienstag als "Fehler" und "absurd".

"Es bleibt die zentrale Frage, ob die heutige Entscheidung von einer möglicherweise rechtskonservativen neuen Pro-Atom-Regierung nicht wieder gekippt werden kann", warnte der Bund für Umwelt und Naturschutz

Deutschland (BUND).

Frankreich ist wie kein anderes Land der Welt abhängig vom Atomstrom. Die 58 Reaktoren des Landes liefern rund drei Viertel der Elektrizität in dem Land. Ein von der sozialistischen Regierung beschlossenes Energiewendegesetz sieht vor, diesen Anteil bis 2025 auf 50 Prozent zu senken.

Basel Abschaltung rückt näher

Die Oberbadische, 24.01.2017 18:30 Uhr



Das Aus für das französische Kernkraftwerk in Fessenheim könnte bald Realität sein. Foto: Archiv

Von Michael Werndorff

Der Verwaltungsrat des französischen Stromkonzerns Électricité de France (EDF) hat gestern eine Entschädigungsvereinbarung mit dem französischen Staat gebilligt. Damit rückt die Schließung des ältesten noch in Betrieb befindlichen Atomkraftwerks am Oberrhein in greifbare Nähe.

Regio. EDF hat das Angebot des französischen Staats angenommen, damit ist der Weg frei für den Entzug der Betriebserlaubnis. Im Gegenzug zahlt Frankreich dem Energieunternehmen eine Entschädigungssumme in Höhe von 446 Millionen Euro für die Stilllegung des Pannenreaktors. Im Verwaltungsrat habe es nur eine äußerst knappe Mehrheit für eine Zustimmung zu dieser Entschädigungsvereinbarung gegeben, wie französische Medien mitteilten.

Der heimische Landtagsabgeordnete Josha Frey (Grüne) zeigte sich im Gespräch mit unserer Zeitung zunächst zufrieden, sei man in Sachen Schließung nun einen Schritt weiter. Allerdings hätte das schon zu einem viel früheren Zeitpunkt geschehen müssen, kommentierte er den gestrigen Beschluss. Und: Er befürchtet, dass EDF angesichts der anstehenden Wahlen auf Zeit spielt und mit einer neuen Regierung die Abschaltung eventuell wieder in die Ferne rückt. Möglichst bald abgeschaltet werden sollte zudem das weltweit dienstälteste AKW Beznau, erinnerte Frey an die Gefahren für die Bevölkerung in der Region.

Der CDU-Landtagsabgeordnete und Bundestagskandidat für den Wahlkreis Waldshut und Breisgau-Hochschwarzwald Felix Schreiner erklärte, dass Bürgerinitiativen, Abgeordnete und Mandatsträger aller Parteien sich für die Abschaltung des Kernkraftwerks eingesetzt haben. „Mit der Entscheidung kommt der Energieriese EDF seiner Verantwortung für die Sicherheit nach. Ich bin froh, dass der französische Staat ebenfalls seiner Verantwortung nachkam und sich beide Seiten in der Entschädigungsfrage geeinigt haben.“ Von Seiten des Waldshuter CDU-Landtagsabgeordneten Patrick Rapp hieß es, dass die Entscheidung längst überfällig gewesen sei, und weiter: „Alles andere als die Abschaltung einzuleiten wäre unverantwortlich. Es darf nun kein Zurück mehr geben. Wir werden die Entwicklungen weiterhin in Frankreich beobachten und bieten unsere Unterstützung an“, schrieb der Abgeordnete.

Der Trinationale Atomschutzverband (Tras) nimmt mit Befriedigung von der Entscheidung Kenntnis, wie aus einer Mitteilung hervorgeht. Mit dem Beschluss ist ein wichtiger Schritt getan, um die Zusagen an die französische, deutsche und schweizerische Bevölkerung und deren Behörden umzusetzen. Der Verband fordert von der Regierung nach wie vor die sofortige Stilllegung von Fessenheim, weil die Anlage nicht ausreichend vor Erdbeben und Überflutung geschützt ist; der Reaktordruckbehälter ist fehlerhaft und die Anlage verfügt nicht über eine ausreichende Notkühlung im Fall eines Unfalls, heißt es weiter.

Damit die Schließung von Fessenheim rechtsgültig wird, sind weitere Entscheidungen nötig. Tras wird die Situation laufend beobachten und der französischen Aufsichtsbehörde ASN einen Fragenkatalog zur nach wie vor nicht gewährleisteten Sicherheit von Fessenheim übermitteln.

Nach Ansicht von BUND- Geschäftsführer Axel Mayer muss die Abschaltung schnell geschehen und unumkehrbar sein. Hier sei nun der französische Präsident François Hollande gefordert. Am 14. September 2012, vier Monate nach Amtsantritt, kündigte Hollande an, das Kernkraftwerk solle Ende 2016 stillgelegt werden.

Nach BUND-Ansicht darf der trinationale Abschaltedruck bis zur endgültigen Abschaltung, trotz aller EDF-Aussagen jedoch nicht nachlassen.

Seit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes im Jahr 1977 kam es zwischen 1989 und 2008 zu über 200 Zwischenfällen.

Stadt Freiburg

"Die Stadt begrüßt nachdrücklich den Beschluss des Verwaltungsrates der EDF das mit dem französischen Staat getroffene Abkommen zur Schließung Fessenheims zu billigen, sofern sich die diesbezügliche Berichterstattung verifiziert. Eine offizielle Stellungnahme der EDF liegt bislang nicht vor. Dies wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu der seit langem überfälligen Beendigung der Stromerzeugung im ältesten Atomkraftwerk Frankreichs.

Bedenklich stimmt, dass es trotz erheblicher Sicherheitsmängel nicht zu einer sofortigen Stilllegung der beiden vierzig Jahre alten Reaktoren in Fessenheim kommt, sondern von einem zunächst weitergehendem Betrieb ausgegangen werden muss. Auch die im Beschluss formulierte Kopplung an den Weiterbau des neuen Meilers in Flammanville sowie die Bedingung zum Weiterbetrieb von Block 2 des ebenfalls über 30 Jahren alten Kernkraftwerks Paluel sind Teile der Entscheidung, die nicht auf eine grundsätzliche energiepolitische Wende bei dem Staatskonzern hindeuten. Von daher ist das Ergebnis der heutigen Sitzung ein bedeutsamer Meilenstein für die Sicherheit der Bevölkerung am Oberrhein in allen drei angrenzenden Ländern, aber noch nicht das erhoffte und dringend notwendige energiepolitische Signal, dass sich auch die französische EDF den erneuerbaren Energien und damit der Zukunft der Energieversorgung zuwendet.

Wichtig für Freiburg und die Region ist nun, dass die weiteren Schritte auf dem Weg der Schließung Fessenheims zügig abgearbeitet und die Reaktoren schnellstmöglich stillgelegt werden."

AKW-Fessenheim: Bis Ende des Jahres soll Schluss sein ...

☞ Veröffentlicht am 24. Januar 2017

aktualis. 24.01.17 20.28 Uhr; Der Verwaltungsrat des französischen Stromkonzerns EDF hat heute, Dienstag 24. Januar, eine Entschädigungsvereinbarung mit dem französischen Staat, zugestimmt. Das berichten informierte Kreise. Aber auch der Sender Franceinfo hat diese Aussage unter Berufung auf Gewerkschaftskreise veröffentlicht. Bis zum Ende diesen Jahres sollen die beiden 900-Megawatt-Reaktoren im Elsass stillgelegt werden. Nach Angaben der Zeitung „Le Monde“ wird die



Bundesregierung, © 145 894-00346028
Foto: Hugler, Steffen 17. Februar 2018

Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Francois Hollande: Bisher gabe es keine Einigung über die Abschaltung des französischen Atommeilers Fessenheim. Nun macht Paris einen Strich...?

Entschädigungssumme etwa 450 Millionen Euro bis 2021 betragen. Das Unternehmen EDF bestätigte die Entscheidung bisher nicht, hat aber erklärt, dass es sich dazu per Mitteilung äußern will. Die EDF hat die heutige Entscheidung gezielt lange verzögert und sie will „weiter verhandeln“ um sie bei einer anderen Regierung „umkehrbar“ zu machen. Staatspräsident Hollande versprach „ursprünglich“ die Schließung des ältesten und gefährlichsten AKW Frankreichs innerhalb der Wahlperiode seiner Präsidentschaft.

Im Verwaltungsrat habe es aber nur eine äußerst knappe Mehrheit für eine Zustimmung zu dieser Entschädigungsvereinbarung gegeben, verlautete aus den informierten Kreisen. Den Ausschlag habe schließlich Konzernchef Jean-Bernard Lévy mit seiner Stimme . Die Gewerkschaften seien strikt gegen eine Schließung von Fessenheim. Sie fürchten den Wegfall von hunderter Arbeitsplätze, berichtete die FAZ.

Nach Ansicht von BUND Geschäftsführer Axel Mayer muss die Abschaltung schnell geschehen und unumkehrbar sein. „Hier ist jetzt Herr Hollande gefordert“, so Mayer.

Die EDF ähnele einem Fuhrunternehmen, das vor ca. 40 Jahren fast gleichzeitig 58 neue LKW / AKW kaufte, den Fuhrpark aber nie



Axel Mayer: „Es ist kaum zu glauben, was wir da lesen ...!“

erneuert hat, erklärte Mayer weiter nach Bekanntwerden der Fessenheim-Meldungen. Die „58 LKW /AKW“ würden jetzt gleichzeitig alt und marode und seien gefährliche, wartungsintensive Oldtimer geworden. Ein Fehler im versprödeten Reaktorstahl oder ein anderes massives technisches Problem, das gleichzeitig an allen überalterten Reaktoren auftreten könnte, würde zum ökonomischen Kollaps der EDF und der französischen Wirtschaft führen, so der BUND-Geschäftsführer.

Dieses massive Überalterungs-Problem aller französischer Reaktoren ist ein wichtiger Grund für die „angekündigte“ Abschaltung des ältesten AKW Frankreichs in Fessenheim, denn irgendwann müssen Erfahrungen mit dem teuren und schwierigen Abbruch von stark verstrahlten Reaktoren dieser Baureihe gemacht werden. Leider hat die EDF auch viel zu wenig Geld für den Abbruch der alten AKW zurückgelegt.

Stromkonzern EDF peilt Schließung von Atomkraftwerk Fessenheim an

<http://www.bild.de/geld/aktuelles/wirtschaft/roundup-stromkonzern-edf-peilt-schliessung-49940894.bild.html>

24.01.2017 - 16:32 Uhr

PARIS/STRASSBURG (dpa-AFX) - Der französische Stromgigant EDF <FR0010242511> peilt die Schließung des umstrittenen Atom-

kraftwerks Fessenheim im Elsass an. Der Verwaltungsrat des Unternehmens habe den Bedingungen einer Einigung mit dem französischen Staat über eine Entschädigung von geschätzt rund 490 Millionen Euro zugestimmt. Das berichtete EDF am Dienstag. Dazu komme noch ein variabler Teil, der aber nicht beziffert wurde.

In Deutschland gibt es seit Langem Sicherheitsbedenken gegen Frankreichs ältestes noch laufendes Atomkraftwerk, das direkt an der deutschen Grenze liegt. Die Stilllegung war ein Wahlkampfversprechen von Präsident François Hollande gewesen, der im Frühjahr aus dem Amt scheiden wird. Der Termin hatte sich aber immer weiter verschoben. Nun erscheint 2018 als Zeithorizont möglich.

Mit dem Schritt von EDF ist die Schließung keine beschlossene Sache. Der Konzern müsse beantragen, die Betriebserlaubnis für das Atomkraftwerk aufzuheben. Für diese Aufhebung müsse es dann ein staatliches Dekret geben.

Ratenkredit-Vergleiche

Ein Service von

Tragen Sie hier Ihre Angaben ein.

Verwendung

Kreditbetrag

Kreditlaufzeit

EDF machte deutlich, dass das mehrstufige Stilllegungs-Verfahren für Fessenheim zeitlich mit dem Anlaufen des neuen Europäischen Druckwasserreaktors (EPR) in Flamanville am Ärmelkanal zusammenhängt. Dessen Inbetriebnahme ist nach Angaben des Unternehmens für Ende 2018 geplant, hatte sich aber bereits mehrfach verzögert. Derzeit prüft die Atomaufsicht Auffälligkeiten am Reaktorbehälter.

Frankreich hatte in seinem Energiewende-Gesetz das Ziel ausgegeben, den Anteil der Atomkraft am Strommix bis 2025 auf 50 Prozent zu reduzieren. Die zweitgrößte Volkswirtschaft der Eurozone erzeugt rund drei Viertel ihres Stroms aus Atomkraft.

Energie- und Umweltministerin Ségolène Royal begrüßte die Entscheidung von EDF. Die französische Bürgerinitiative "Sortir du nucléaire" bezeichnete die Verhandlungen dagegen als "Teppichhandel"

zulasten der Sicherheit. Die Atomkraftgegner befürchten, dass die für 2018 anvisierte Stilllegung weiter verschoben werden könnte. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sprach von einem wichtigen Zwischenschritt. "Es bleibt die zentrale Frage, ob die heutige Entscheidung von einer möglicherweise rechtskonservativen neuen Pro-Atom-Regierung nicht wieder gekippt werden kann", erklärte Axel Mayer, Geschäftsführer des BUND Südlicher Oberrhein. Der aussichtsreiche französische Präsidentschaftskandidat François Fillon von den Konservativen will nach früheren Angaben eine Fessenheim-Schließung stoppen. Die Wahl ist im April und Mai geplant. Die Mitarbeiter protestieren indes weiter gegen eine Schließung. Nach Angaben des Gewerkschaftsbundes gab es Demonstrationen in Fessenheim und auch in Paris, wo der Verwaltungsrat tagte. Die Gewerkschaften hatten bereits am Montag zu einem "unbegrenzten Streik" aufgerufen.

Écologie

Comment le lobby nucléaire entrave toute transition énergétique

<https://www.bastamag.net/Transition-energetique-une-loi-paralysee-par-le-lobby-nucleaire>

par [Olivier Petitjean](#) 26 janvier 2017

C'était l'un des engagements phares de François Hollande : amorcer la réduction de la dépendance au nucléaire dans le cadre d'une transition énergétique apte à répondre aux défis du dérèglement climatique. Cinq ans plus tard, les avancées paraissent bien maigres, du fait de l'opposition résolue des défenseurs de l'atome et de l'absence de vision politique du côté gouvernemental. Pourtant, les débats sur la sûreté des centrales et leur capacité à soutenir des pics de consommation montrent que ces questions se font de plus en plus pressantes. Voici pourquoi la France ne parvient pas à se doter d'une politique énergétique claire.

Ce devait être l'une des grandes réformes du quinquennat Hollande : la loi « relative à la transition énergétique et à la croissance verte ». Adoptée en juillet 2015, elle est censée infléchir profondément la politique énergétique de la France, en matière de transports, de gestion des déchets, de rénovation des logements et de production d'électricité, dans le but de réduire la contribution de notre pays aux

dérèglements climatiques. Pour la première fois, elle remet en cause le dogme du « tout nucléaire ». La loi fixe de grands objectifs : baisser la part du nucléaire dans la production d'électricité à 50% d'ici 2025, contre 75% actuellement, et augmenter celle des énergies renouvelables à 32% contre 14% actuellement. De quoi commencer à rattraper partiellement le retard de la France dans ce domaine par rapport à ses voisins européens. En théorie.

« *Aujourd'hui, nous avons tout le reste de la loi, mais sur la question du nucléaire, nous n'avons pas avancé d'un pouce en cinq ans* », estime Yves Marignac, directeur de WISE-Paris, une agence d'études sur les politiques énergétiques. L'exécutif devait préciser comment les grands objectifs affichés par la loi seraient effectivement atteints. Or, plus d'un an après son adoption et à quelques mois d'échéances électorales décisives, qui pourraient tout remettre en cause, on ne le sait toujours pas. Le processus de fermeture de Fessenheim vient certes de franchir une nouvelle étape ce 24 janvier 2017, avec l'approbation de l'indemnisation proposée par l'État par le conseil d'administration d'EDF. Pour la suite, aucun calendrier n'est fixé.

Comment on évite un débat

Tout commence en novembre 2012, avec l'organisation d'un « débat national sur la transition énergétique » associant milieux économiques, élus, associations environnementalistes, syndicats et simples citoyens, afin de donner une base constructive et si possible consensuelle à la future loi voulue par François Hollande. D'emblée, les entreprises les plus directement concernées – Areva et EDF – mettent tout en œuvre pour ne pas se retrouver débordées. Elles obtiennent une large représentation à tous les niveaux : dans le comité de pilotage, où siège notamment Anne Lauvergeon, alors patronne d'Areva, au conseil national du débat sur la transition énergétique, dans la liste des experts officiels, et dans les débats en région. Même parmi les représentants des organisations syndicales, de la CGT à la CFE-CGC, les employés d'EDF sont sur-représentés [1].

Parallèlement, les industriels ne se privent pas de court-circuiter le processus. Une pluie de notes inonde les bureaux du ministère de l'Environnement en provenance du Trésor, d'entreprises comme Areva ou de l'Association française des entreprises privées (Afed), qui représente les grandes entreprises hexagonales. L'ancienne ministre de l'Écologie Delphine Batho raconte également, dans le livre qu'elle

publie après sa sortie du gouvernement en 2013 [2], comment Jean-Marc Ayrault et certains de ses collègues lui reprochent sans cesse de ne pas suffisamment « *associer les entreprises* »... Le Premier ministre d'alors finit par la convier à un dîner avec Christophe de Margerie (Total), Henri Proglio (EDF) et d'autres PDG pour qu'ils lui fassent directement la leçon. Selon nos informations, jusqu'au dernier moment, les coordinateurs du débat ont dû montrer patte blanche dans le bureau du patron d'EDF, qualifié par Delphine Batho de « *ministre fantôme* » de l'énergie.

« *Le lobby, c'est l'État lui-même* »

Toute la puissance d'influence du « lobby nucléaire » se met en branle. « *La force du lobby nucléaire réside dans ses réseaux installés au cœur des différents pouvoirs, explique Yves Marignac. Certains les suivent pour des raisons d'intérêts matériels, comme les syndicats ou les nombreux élus qui profitent de la rente nucléaire, d'autres simplement parce qu'ils sont des croyants qui véhiculent les mythes du lobby : l'indépendance nationale, le nucléaire pas cher, l'exportation de notre savoir-faire...* » Une autre spécificité du lobby nucléaire français est la conviction de porter un intérêt national supérieur, qui devrait primer sur tout, y compris la volonté des politiques et des citoyens.

Les lobbys les plus efficaces sont ceux qui peuvent compter sur un réseau des plus variés, à tous les niveaux de l'État. C'est le cas du nucléaire : il bénéficie d'élus locaux et de parlementaires acquis à sa cause [3]. Il compte de puissantes associations professionnelles, comme l'Union française de l'électricité, qui regroupe les grands acteurs du secteur, et des « think tanks » dévoués, telle la Société française de l'énergie nucléaire. Il étend son influence au cœur de l'État, grâce au Commissariat à l'énergie atomique (CEA). Le dogme nucléaire imprègne les futurs grands serviteurs de l'État via le prestigieux corps des Mines, dont on retrouve des représentants partout où se décide la politique énergétique de la France, depuis les grandes entreprises comme EDF et Areva, jusqu'aux cabinets ministériels en passant par le CEA, l'Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie (Ademe) ou l'Autorité de sûreté nucléaire (ASN). « *Le lobby, c'est l'État lui-même* », estime même l'ancienne ministre **Corinne Lepage**. Il compte même ses partisans « environnementalistes » avec l'association pro-nucléaire Sauvons le climat.

Tous ensemble, version patronale

Résultat de ces pressions et influences sur le projet de loi ? Les questions de fond, et les choix qu'elles impliquent, sont finalement peu traités. Allait-on privilégier les économies d'énergies ? Mettre aux normes les centrales nucléaires vieillissantes ou investir dans de nouvelles sources d'énergie ? Former et embaucher dans l'éolien ou transmettre la culture de sécurité aux futurs salariés du nucléaire ? Chacun de ces choix sont intimement liés, y compris dans leurs implications techniques comme la régulation du réseau électrique en fonction des modes de productions, qui sont soumis à des contraintes différentes.

La stratégie du lobby nucléaire va consister à dissocier ces sujets pourtant liés. Or, « *on ne peut pas aborder le nucléaire séparément des renouvelables et de l'efficacité énergétique, parce que le poids du nucléaire en France nuit à l'essor de ces dernières* », argumente Yves Marignac [4]. Ce qui n'empêche pas la ministre Ségolène Royal de répéter à qui veut l'entendre qu'il ne faut pas « *opposer les énergies entre elles* ». Ce qui signifie également ne pas choisir, avec toutes les incertitudes qui pèsent ensuite sur l'avenir.

« Les grands groupes ont visiblement conclu un deal à l'avance »

« *À l'époque du Grenelle de l'environnement, le Medef n'était pas préparé. Il a un peu subi le débat, se souvient Anne Bringault, chargée de coordonner l'apport des ONG environnementales. Pour ce débat sur la transition énergétique, c'est tout le contraire. Les grands groupes ont visiblement conclu un deal à l'avance. Ils se sont mis d'accord pour défendre davantage de nucléaire, de gaz de schiste, et d'efficacité énergétique. Comme ça, tout ce beau monde patronal était content.* » Le projet de loi concerne alors des intérêts économiques potentiellement contradictoires : les intérêts d'EDF ou Total ne sont pas forcément les mêmes que ceux du secteur de l'isolation des bâtiments ou des systèmes d'efficacité énergétique. Sur ces enjeux centraux, les grandes entreprises préservent cependant un front remarquablement uni. « *On aurait pu s'attendre à ce que des entreprises comme Saint-Gobain ou Schneider Electric portent un discours un peu différent, regrette un participant au débat du côté des associations environnementales. Mais ils n'ont vraiment participé activement que dans les commissions thématiques.* »

Pourquoi le **Syndicat des énergies renouvelables** (SER), représentant attiré des énergies dites alternatives (éolien, solaire...), n'a-t-il pas non plus cherché à faire contrepoids ? Au regard de son conseil d'administration, c'est peu étonnant : les représentants d'EDF, d'Engie, de Total ou de leurs filiales y sont majoritaires. Sur quinze sièges, les grands groupes en possèdent neuf [5]. Qu'y défendent-ils ? « *Ils voient plutôt les renouvelables comme un complément au nucléaire dans le contexte d'une consommation d'électricité qui continuerait à augmenter. Ils ne portent pas l'ambition que les renouvelables deviennent majoritaires* », analyse Yves Marignac. « *Le SER défend une certaine conception des renouvelables, plutôt basée sur de grands projets* », renchérit Anne Bringault.

4500 amendements à la loi

Le laborieux processus d'élaboration et d'adoption de la loi n'a probablement pas aidé à faire face à ces obstacles. Le projet voit défiler pas moins de quatre ministres de l'Environnement (Nicole Bricq, Delphine Batho, Philippe Martin puis Ségolène Royal). Début juillet 2013, Delphine Batho est débarquée de son ministère quelques jours avant la conclusion du débat national. Elle avait contesté les arbitrages budgétaires, défavorables, selon elle, à l'écologie. Au même moment, Pierre Gattaz, qui vient d'être élu à la tête du Medef, demande de transformer les « *recommandations* » issues du débat en simple « *synthèse* ». Le projet de loi se perd ensuite de longs mois dans les couloirs des ministères.

Lorsqu'il réapparaît, les associations environnementalistes le trouveront presque méconnaissable. À l'Assemblée, le travail en commission sur le projet de loi commence en septembre 2014, un an après la fin du débat national. La législation sera finalement adoptée en juillet 2015. Près de 4500 amendements vont être déposés, l'un des records du quinquennat ! Les discussions parlementaires se concentrent quasi-exclusivement sur l'article premier de la loi, qui définit les grands objectifs et la part entre nucléaire et énergies renouvelables. Tant pis pour les 214 autres articles de la loi... Les mêmes arguments sont repris en boucle par l'opposition et quelques députés de la majorité acquis à la cause de l'atome : la défense de la filière nucléaire française et son potentiel d'exportation, la sécurité énergétique de la nation, le prix de l'électricité, le besoin de partir de l'outil existant, la concession électoraliste faite aux écologistes...

Polémique sur le coût de la fermeture de Fessenheim

Le mythe très répandu en France – mais largement faux [6] – selon lequel la sortie du nucléaire en Allemagne aurait favorisé le charbon est invoqué à de nombreuses reprises à l'Assemblée. « *Regardez l'Allemagne : à cause de sa sortie du nucléaire, elle augmente ses émissions de carbone* » [7], prétend ainsi le député Julien Aubert (LR). Ce qui est faux : les émissions de CO2 allemandes ont alors baissé de 4 % entre 2013 et 2014. « *L'énergie nucléaire assure notre indépendance énergétique, au moment où certains pays voient leur indépendance nationale menacée – c'est en particulier le cas de l'Allemagne, que les importations de gaz russe placent en situation de dépendance* », critique le socialiste Christian Bataille, alors que l'uranium, indispensable pour le fonctionnement des centrales françaises, est lui aussi importé. L'approvisionnement de la France dépend en partie d'un régime très autoritaire comme le Kazakhstan ou d'une zone en proie à la menace terroriste, comme le Niger. Les arguments habituels du lobby nucléaire sont déroulés.

Un autre sujet est au centre des discussions : le coût de la fermeture de Fessenheim. Hervé Mariton (LR) et Marc Goua (PS) présentent opportunément un rapport parlementaire chiffrant ce coût à 5 ou 6 milliards d'euros. Comment ont-ils calculé ce montant, qui représente plus de la moitié du budget consacré à la construction du nouveau réacteur EPR à Flamanville ? Ayant principalement interrogé des experts d'EDF, d'Areva ou du CEA, les deux députés partent du pré-supposé qu'EDF pourrait continuer d'exploiter Fessenheim pour 20 années supplémentaires, ce qui l'amènerait à 60 ans d'activité alors que les centrales françaises ont été conçues pour durer 40 ans. Ils intègrent dans le coût de la fermeture le manque à gagner de sa fermeture que l'État, selon eux, devrait compenser. Parallèlement à cet « alarmant » rapport sur le coût de la fermeture de Fessenheim, un autre rapport est lui, tout aussi opportunément, enfoui sous le tapis : celui de l'Ademe montrant qu'il était possible, contrairement aux arguments des pro-nucléaires, d'atteindre une électricité 100% renouvelable en France à l'horizon 2050 [8].

Une loi adoptée mais pas appliquée ?

La bataille des amendements ne s'arrêtera pas là : le gouvernement et plusieurs députés ont ensuite tenté d'introduire discrètement des amendements en contradiction avec le projet de loi : pour favoriser le

chauffage électrique, ce qui mobilise une partie de la capacité nucléaire et empêcherait sa réduction (lire [notre enquête sur le sujet](#)), ou sur [l'enfouissement des déchets nucléaires](#). Coïncidence troublante : le rapporteur spécial de la loi, François Brottes (PS), qui a également déposé l'amendement en faveur du chauffage électrique, est nommé président du directoire de RTE, la filiale d'EDF en charge des réseaux de transmission électrique, à l'automne 2015.

À l'issue de cette bataille parlementaire, le texte de loi adoptée aurait sans doute pu être pire. Le « [transitiomètre](#) » mis en place par les ONG pour mesurer l'adéquation du texte par rapport aux engagements internationaux de la France passe ainsi de 20% à 34% après son passage devant le Parlement. Ce qui signifie que la loi permettra d'avancer un peu vers les engagements français mais ne permettra pas vraiment de les atteindre. Les opposants à la transition n'ont pourtant pas dit leur dernier mot. Car une fois votée, la loi doit encore être appliquée... Ce qui est loin d'être le cas à la découverte de la « programmation pluriannuelle de l'énergie », qui fixe la politique énergétique de la France.

Plusieurs fois repoussé et finalement publié le 27 octobre 2016, ce document indique une fourchette assez large de réduction de la capacité nucléaire d'ici 2023. Au minimum, deux réacteurs – *a priori* ceux de Fessenheim – pourraient fermer. Au maximum, le document envisage l'arrêt définitif d'une dizaine de réacteurs. Problème de calcul : pour réaliser l'objectif fixé par la loi – descendre la part du nucléaire à 50% du mix énergétique –, une vingtaine de réacteurs sur les 58 en activités devront fermer. Faut-il y voir encore la main du lobby nucléaire ? Greenpeace et le réseau Sortir du nucléaire ont en tout cas saisi le Conseil d'État, estimant que cette programmation pluriannuelle était en violation de la loi sur la transition énergétique.

Impuissance volontaire

« Dès 2012, la fermeture de Fessenheim a commencé à être préparée. Un délégué interministériel est nommé. Mais rien ne s'est passé », déplore Anne Bringault. Depuis la loi de 2006 sur la transparence et la sûreté nucléaire, le gouvernement n'a plus le pouvoir de fermer directement une centrale. Seules EDF, en tant que propriétaire, et l'Autorité de sûreté nucléaire, pour des raisons de sécurité, peuvent décider de l'arrêt de réacteurs. Et EDF a tout fait pour

s'opposer à cette fermeture, en négociant pied à pied son indemnisation.

Comment expliquer cette faculté de résistance à un État actionnaire qui possède 84% de l'entreprise publique ? « *Nous ne sommes pas en Corée du Nord* », se justifie un haut fonctionnaire [9]. « *Produire de l'énergie est la mission et l'objet social d'EDF. En tant qu'actionnaire, [le] devoir [de l'État] est de la faire tourner.* » Sinon, ce serait de l'abus de bien social. Le statut de société anonyme d'EDF est ainsi utilisé comme protection contre toute intervention du politique. Lors de la récente décision du conseil d'administration d'EDF sur la fermeture de Fessenheim, les représentants de l'État n'ont pas pu voter... pour éviter un « conflit d'intérêts » ! « *On a créé une espèce de monstre hybride, à la fois entreprise nationale et firme privée, dénonce Yves Marignac. EDF joue sans cesse sur les deux tableaux.* »

Cinq années pour rien ?

Le blocage sur le nucléaire ne constitue pas la seule illustration des ratés gouvernementaux en matière de transition énergétique. La taxe carbone en fournit un autre exemple. Annoncé par François Hollande en avril 2016 et censé alors concerner toutes les sources d'énergies fossiles, le projet de taxe est restreint trois mois plus tard aux seules centrales au charbon – au nombre de quatre en France – sous la pression des opérateurs gaziers comme Engie. Elle est finalement totalement abandonnée à l'automne suite aux manifestations organisées par la CGT et à la grogne des élus locaux concernés. Le gouvernement semble découvrir *in extremis* qu'il y aurait un impact sur l'emploi. « *Je ne comprends pas qu'un gouvernement puisse annoncer comme ça, sèchement, la fermeture des centrales charbon sans mesure d'accompagnement et sans proposer des solutions aux salariés* », remarque Anne Bringault. À croire que la maladresse était volontaire...

L'éventuelle fermeture de réacteurs nucléaires sans perspectives claires pour les salariés qui y travaillent provoquera probablement la même réaction, à l'exemple de la grande hostilité du millier de salariés de la centrale alsacienne face au projet de fermeture et à l'incertitude qu'il fait planer sur le bassin d'emplois. À en croire plusieurs sources, c'est l'un des arguments avancés par les ministères pour justifier leur inaction. « *Ils veulent bien risquer l'épreuve de force*

avec la CGT pour déréguler le droit du travail, mais pas pour enclencher la transition énergétique », s'exaspère un représentant d'ONG. Pourtant, entre salariés du nucléaire et direction d'EDF, il existe des dissensions. Le comité central d'entreprise d'EDF, à majorité CGT, juge extrêmement risqué le projet Hinkley Point en Grande-Bretagne – la construction de deux EPR dans laquelle EDF investirait 16 milliards d'euros ! La défense du nucléaire à tout prix par les salariés du secteur ne semble donc pas inébranlable. Encore faudrait-il ouvrir d'autres perspectives économiques et sociales, en esquisant un futur service public national de la transition énergétique.

Que penser au final de cette transition énergétique déclinée en loi ? François Hollande et ses ministres ont maintenu, malgré les pressions, les objectifs officiels de réduction de la part du nucléaire et de baisse de la consommation d'énergie. Imaginaient-ils que ces objectifs puissent véritablement être atteints sans transformer en profondeur l'ordre énergétique établi et les rapports de pouvoir en son sein ? C'est bien ce qu'il semble. En cela, la loi sur la transition énergétique rappelle d'autres réformes manquées du quinquennat Hollande, comme la loi bancaire ou celles portant sur l'agriculture. Les échéances électorales qui approchent risquent de remettre en cause les quelques avancées. Si cela se confirme, l'action obstructionniste du lobby nucléaire aura finalement payé.

Olivier Petitjean

Photo : CC Josephine Heather Chaplin

► Cet article fait partie d'une série sur le lobbying réalisée en collaboration avec la rédaction du mensuel [Alternatives économiques](#) dans le cadre d'un projet commun de développement du journalisme d'investigation économique et social, soutenu par la [Fondation Charles Leopold Mayer](#).